



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/53 - 4.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Zur Tagung von Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission der SPD	S. 1
Großbritannien und die Wasserstoffbombe	S. 3
Polemik an der Wirklichkeit vorbei	S. 5

Der weitere Weg der SPD

sp - Als die sozialdemokratischen Führungskörperschaften am Freitag in Bonn tagten, hatten sie sich mit der gewiß nicht unerwarteten und doch für sie bitteren Tatsache auseinandersetzen, dass die Pariser Verträge vom Bundestag endgültig angenommen worden sind. Ihre Mitglieder brachten aber auch, woher aus der Bundesrepublik sie immer kamen, das Gefühl der tiefen Genugtuung^{*)} mit, dass durch die in der Paulskirche eingeleitete Welle von öffentlichen Kundgebungen die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands viel stärker in das deutsche Bewußtsein gerückt worden ist, als das jemals vorher der Fall war und dass dies wieder auch im Auslande nicht ohne Wirkung geblieben ist. Die weitverbreitete Annahme, die Deutschen selbst würden sich niemals mit der Spaltung ihres Landes abfinden, hat sich als Irrtum erwiesen. Die internationale Politik wird nicht umhin können, daraus eines Tages praktische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Diese Impulse und Erkenntnisse gilt es wachzuhalten und zu vertiefen. Das mußte aus Anlass dieser Tagung deutlich ausgesprochen werden, auch wenn es fast selbstverständlich ist. Denn mit der Annahme der Verträge im Bundestag ist ihr Schicksal keineswegs entschieden. Da ist einmal die Ungewißheit der endgültigen französischen Haltung. Zum anderen ist noch nicht absolut sicher, wie sich der Bundesrat in der Saarfrage verhalten wird, die ihrerseits, we-
*) darüber

rigstens nach französischer Auffassung, untrennbarer Bestandteil des Vertragswerkes ist. Diesen Umstand muß man berücksichtigen, ob man nun der gleichen Auffassung ist oder nicht.

Der Kampf um die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit wird also weitergeführt werden, zunächst einmal solange der Rati-
fikationsprozess noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Es wird keine weiteren Einzelbefragungen geben, wohl aber öffentliche Kund-
gebungen, die weiterhin wünschenswert und zweckmäßig erscheinen. Ollenhauer hat nachdrücklich unterstrichen, dass auch alle künftigen Aktivitäten im Rahmen der verfassungsmäßigen Grundlagen ge-
halten sein werden. Die Gegenspieler der SPD sollten auch sehen, wie nachdrücklich auch in der vorliegenden EntschlieBung wieder
Front gegen alle kommunistischen Anbiederungsversuche und jede
Nachbarschaftshilfe von dieser Seite gemacht wird.

Sicher werden Versuche dieser Art erneuert werden. Dann wird
man sie mit gleichbleibender Entschiedenheit zurückweisen. Die
Sozialdemokratie wird sich dadurch nicht von ihrer aktiven Wieder-
vereinigungspolitik abbringen lassen. Sie hat ihre eigenen, sehr
konkreten Vorstellungen von einem wiedervereinigten Deutschland,
die Kommunisten haben die ihren. Es ist töricht und eine Verdäch-
tigung des deutschen Volkes dazu, anzunehmen, (bzw. mit dieser
scheinbaren oder realen Annahme hausieren zu gehen) eine freie
Entscheidung über die Lebensform eines künftigen Gesamtdeutschlands
könnte die Freiheit gefährden. Das wird auch dann nicht der Fall
sein, wenn gleichzeitig mit den Verhandlungen darüber Vereinbarungen
zwischen allen Beteiligten mit dem Ziel angestrebt werden, zu ver-
hindern, dass ganz Deutschland militärisch der einen oder der an-
deren Seite eingegliedert wird. Denn nur dann kann es zu einer
friedlichen Wiedervereinigung kommen.

Unabhängig von den politischen Voraussetzungen für eine west-
deutsche Wiederbewaffnung - wie der nachgewiesenen endgültigen Um-
möglichkeit, die deutsche Wiedervereinigung von der Sowjetunion auf
dem Verhandlungswege zu erreichen - gibt es technische Aspekte,
die immer größere Bedeutung bekommen. Die Entwicklung der atomaren
und nuclearen (also der H- oder Wasserstoffbombe) Waffen hat ein
so stürmisches Tempo angenommen, dass man in einigen Jahren, wenn
die Aufstellung der deutschen Divisionen wirklich akut werden könn-
te, vor völlig neuen Gegebenheiten stehen wird. Sie sind, wie die
Mitteilungen und Erkenntnisse aus der Verteidigungsdebatte im eng-
lischen Unterhaus erkennen lassen, zum Teil heute schon vorhanden.
Zweifel an der Brauchbarkeit der beabsichtigten westdeutschen Rüs-
tung als eines wirksamen Schutzes klangen auch in der Bundestags-
debatte selbst in der Koalition immer stärker an. Damit ist alles
erneut fraglich geworden.

Solche Überlegungen lassen nur eine Konsequenz zu: mit aller
Kraft auf eine internationale Entspannung hinzuwirken, für die
wieder die deutsche Wiedervereinigung eine unerlässliche Voraus-
setzung ist. Sie bleibt die beherrschende Aufgabe und das vor-
dringlichste Ziel aller sozialdemokratischen Politik. Darauf haben
sich die Führungskörperschaften der Partei erneut verpflichtet.
Der Ruf nach Verhandlungen hat heute mehr Gewicht als jemals zuvor.

4.3.1955

Frieden durch Abschreckung

E.A., London

Großbritanniens Entscheidung, selbst Wasserstoffbomben zu produzieren, hat erstaunlicher Weise wenig Kritik im Lande gefunden. Wenn man eine Großmacht aus eigener Kraft bleiben wollte, so blieb keine andere Entscheidung möglich. Was wären die Alternativen gewesen? Entweder, man hätte sich auf den atomaren Schutz der Amerikaner verlassen müssen und hätte eine eigene, selbständige Politik aufgegeben, - oder aber man hätte sich in die Neutralität zurückziehen können, hätte auf NATO verzichtet und als Großmacht abgedankt. Beide Alternativen wären ein Verzicht auf selbständige Diplomatie und Machstellung gewesen, die sich heute nur aufrechterhalten lassen, wenn man die H-Bombe besitzt. Dieses Prinzip wird von der Regierung, von Attlee und sogar von den Linken Labourleuten wie Crossman anerkannt.

Nun hat vor wenigen Tagen eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der experimentellen Physik, Professor C.F. Powell von der Universität Bristol, festgestellt, dass 10 bis 20 H-Bomben das *) als organisierte Gesellschaft in ganz Großbritannien unmöglich machen könnten. Dabei besitzt Amerika einen Vorrat von Atombomben, der auf 4000 Stück geschätzt wird - Rußland einen Vorrat von 1000 A-Bomben. Jede Atombombe könnte als Zünder für eine H-Bombe verwendet werden. Und der Zerstörungsgewalt der H-Bomben sind keine Grenzen gesetzt, während sich die verderblichen Effekte der ausgelösten Radio-Aktivität auch noch nicht im entferntesten voraussehen lassen. Wenn die ferngelenkten Raketen, an denen überall fieberhaft gearbeitet wird, voll entwickelt sein werden, wird ein Aggressor nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um das "Feindesland" innerhalb einer halben Stunde total zu zerstören. Nur muß er dabei wissen, dass sein eigenes Land sofort danach genau das gleiche Schicksal erleiden wird.

Neues Denken erforderlich

Die Kenntnis dieser Tatsachen reicht aus, den Irrsinn jeder Kriegsentfesselung darzulegen und zugleich die Entscheidungskraft

*) Weiterleben

der Menschen zu lähmen. Aber die Flucht in eine einseitige Abrüstung und selbst in eine bewaffnete Neutralität, gestützt auf eigene Atomwaffen, bietet keinen Schutz. Und neue Entwicklungen erfordern neues Denken. Die globale Gefahr, wie sie die H-Bombe darstellt, kann nur durch eine aktive Politik der Weltfriedenheit abgewendet werden.

Die britische Regierung hat in ihrem Weißbuch zur Verteidigung, in der sie die Produktion der H-Bombe ankündigte, keinen radikalen Wechsel in Strategie und Bewaffnung eingeschlagen. Sie hat sozusagen die Wasserstoffbombe dem Arsenal der konventionellen Waffen hinzugefügt und wartet weitere Entwicklungen ab. Am deutlichsten ist das auf dem Gebiete des zivilen Luftschutzes, das doch in einem Atomkrieg die allerhöchste Bedeutung beigemessen werden müßte. Von einem Verteidigungsbudget von rund 19 Milliarden D-Mark werden ganze 500 Millionen D-Mark für Luftschutz eingesetzt. Die Schwäche der konservativen Regierung liegt gerade darin, dass sie zwar alle neuen Entwicklungen akzeptiert, aber dabei doch in ihrem alten Frott verharret.

Natürlich war die Entscheidung, eigene Wasserstoffbomben zu produzieren, längst gefasst und auch bereits kein sorgsam gehütetes Geheimnis bei Erroreinen des Weißbuches mehr gewesen. Die Churchill-Regierung und vor allem Verteidigungsminister Harold Macmillan haben es jedoch in der Verteidigungsdebatte im Unterhaus unterlassen die vollen Konsequenzen für die britische Strategie klarzumachen. Vor allem hat die Regierung es an jeder Initiative fehlen lassen, sich auf die erwachende Weltmeinung gestützte Abrüstungspolitik in Gang zu setzen. So konnte Labour bei der Verteidigungsdebatte zwei berechtigte Vorwürfe erheben: Die Churchill-Regierung hat sich weder für eine aktive internationale Abrüstung noch für eine wirksame nationale Aufrüstung eingesetzt, auf beiden Gebieten hat sie versagt. In dieser Kritik der Regierung sind sich alle Gruppierungen der Labourparty - natürlich mit Ausnahme der ausgesprochenen Pazifisten - einig.

Einziger Ausweg: Internationale Regelung

Labour akzeptiert die H-Bombe als eine vollendete Tatsache,

4.5.1955

wahrscheinlich sind ja auch bereits welche fix und fertig zum Ausprobieren. Aber man verlangt, dass daraus die vollen Konsequenzen auf strategischem und politischem Gebiete gezogen werden. Es muß erreicht werden, dass die neuen Waffen und ihre alles vernichtende Macht ein Abschreckungsmittel bleiben - und dass sie eben darum nicht eingesetzt zu werden brauchen.

Der einzige Weg für Großbritannien - wie für die ganze Menschheit-Sicherheit zu erlangen, besteht ja in einer internationalen Regelung, die auch eine Lösung des deutschen Problems einschließen könnte. Als mögliche Basis einer Ost-Westverständigung in Europa bezeichnet der Abgeordnete Richard Crossman das Konzept einer "nuclear Neutralisierung eines vereinigten Deutschland", von dem alle Besatzungstruppen abgezogen worden sind, und er sieht in einer solchen Regelung eine wesentliche Vorbedingung einer Weltabrüstungskonferenz

* * *

Im Dunstkreis der Adenauer-Politik

sp - In übereinstimmenden oder einander ergänzenden Kommentaren befassten sich jetzt das regierungsamtliche "Bulletin" und das CDU-amtliche "Deutsche Monatsblatt" am gleichen Tage mit der Politik und der Haltung der Opposition. Beide Betrachtungen lassen nur den Schluß zu, dass man sich bisher offenbar weder in der Regierung, noch in der CDU ernsthaft mit den Argumenten und den Beschlüssen der SPD beschäftigt hat.

Das "Bulletin" behauptet, die Debatte hätte die Opposition endlich gezwungen, sich offen und rückhaltlos für die grundsätzliche Verteidigungsbereitschaft zum Schutze der Demokratie und zur parlamentarischen Entscheidungsgewalt zu bekennen und sich entschieden von jenen Kräften abzusetzen, die vom Osten her glaubten, die Hoffnung auf gemeinsame Aktionen gegen die Verträge nähren zu können. Es präsentiert die erschütternd neue Erkenntnis, dass wir als Kriegsverlierer Opfer und Zugeständnisse bringen müßten, dass wir nicht stark genug für eine "nationale Autarkie" seien, und dass die Wiedervereinigung nicht isoliert von ihren weltpolitischen Zusammenhang gelöst werden könne. Das "Deutsche Monatsblatt" behauptet schließlich, die Opposition sitze zwischen den Stühlen, weil sie weder ein Bündnis mit dem Westen noch mit dem Osten wolle, und dass ihre Theorie des "frei und ungebunden in der Mitte" nur "faum und arrogant" sei. So zu lesen in "Bulletin" vom 3. März und in der

Märznummer des "Deutschen Monatsblattes".

Alles, was in diesen beiden Kommentaren behauptet wird, läuft wahrscheinlich übrigens in der Absicht, zu entstellen und weniger aus Unkenntnis- an der Wirklichkeit vorbei. Niemals hat die SPD einen Zweifel an ihrer grundsätzlichen Verteidigungsbereitschaft der Demokratie und der Freiheit offengelassen, niemals hat sie die entscheidende Position des Parlaments bestritten, niemals hat sie es an der kompromisslosen Ablehnung des Kommunismus fehlen lassen, niemals hat sie der "nationalen Autarkie" das Wort geredet, niemals hat sie in dem Problem der Wiedervereinigung einen isolierten Einzelfall gesehen.

Es entspricht nicht dem Niveau der Opposition, für den Kommentar des "Bulletin" die erwähnten schmückenden Beiwörter anzuwenden, die das "Deutsche Monatsblatt" der These der SPD gewidmet hat, sich aus den beiden Militärblöcken herauszuhalten, solange die Frage der deutschen Wiedervereinigung noch auf der Tagesordnung der internationalen Politik steht. Die Koalitionsmethode, sich abseits von der Wirklichkeit aus Gründen einer wirksamen Agitation einen Popanz angeblicher oppositioneller Politik aufzubauen und dann im Don-Quichotte-Kampf dagegen anzugehen, ist verantwortungslos, weil eine glatte Irreführung der Öffentlichkeit.

Gerade dieser Kommentar des "Deutschen Monatsblattes" zur so. Bündnislosigkeits-These der SPD, ist ein Musterbeispiel von Nichtverstehenwollen. Man begegnet dieser Methode immer dann, wenn sich die CDU gezwungen sieht, aus dem Bannkreis der starren Kanzler-Politik hervorzutreten und sich mit Argumenten auseinanderzusetzen, die, gäbe man sie korrekt wieder, praktisch kaum widerlegbar wären. Die Adenauersche Konzeption hat für die CDU, so wie das Kräfteverhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft in dieser Partei nun einmal beschaffen ist, auch gegen eine gar nicht mehr so vereinsamt bessere Einsicht, der Weisheit letzter Schluß zu sein und zu bleiben. Erst wenn dieser stickige Dunstkreis einer Zwangsvorstellung einmal durchbrochen ist, könnte der Gedanke an eine Gemeinsamkeit in politischen Lebensfragen des deutschen Volkes Wirklichkeit werden.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau